

Bundesgesundheitsminister missachtet Zahnheilkundengesetz

BDIZ EDI fordert Bundesgesundheitsminister Lauterbach zur Stellungnahme mit Fristsetzung auf.

MÜNCHEN – Wie angekündigt, fordert der BDIZ EDI in Person seines Justizars Prof. Dr. Thomas Ratajczak eine Stellungnahme von Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach (SPD) hinsichtlich der Nichtanpassung des GOZ-Punktwertes seit 65 Jahren. Die Rechtsanwaltskanzlei Ratajczak & Partner aus Sindelfingen vertritt sechs klagewillige Zahnärzte. Sollte das BMG nicht innerhalb der Fristsetzung positiv reagieren, beschreiten die sechs Zahnärzte den Klageweg vor dem Verwaltungsgericht Berlin.

„Gegenstand dieses Schreibens ist die jahrzehntelange Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorgaben des § 15 ZHG durch Nichtanpassung der Gebührenordnung für Zahnärzte (und damit auch der Gebührenordnung für Ärzte). Festzustellen ist, dass die Bundesregierung keine Probleme hat, die Gebührenordnung für Tierärzte regelmäßig an die Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse anzupassen, zuletzt zum 1.10.2022. Diese Ungleichbehandlung verletzt den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 Abs. 1 GG) und die Berufsausübungsfreiheit der Zahnärzte (Art. 12 Abs. 1 GG)“, zeigt der BDIZ EDI-Justiziar die Missstände in der GOZ auf.

Sollte bis zum 30. Juni 2023 keine positive Antwort auf die Frage erfolgen, ob in dieser Legislaturperiode mit einer Anhebung des GOZ-Punktwertes zu rechnen sei, wird die Kanzlei Ratajczak & Partner, beauftragt durch sechs Zahnärzte, Klage vor dem Verwaltungsgericht Berlin erheben – darunter die Vorstandsmitglieder des BDIZ EDI Christian Berger, Univ.-Prof. Dr. Dr. Joachim E. Zöller, Dr. Stefan Liepe, Dr. Wolfgang Neumann sowie Dr. Michael Frank (Lampertheim) und Dr. Wilfried Beckmann (Gütersloh).

Mehr über die Initiative des BDIZ EDI finden Sie auf YouTube: <https://youtu.be/ZV5V5tslkxY> im aufgezzeichneten Interview mit BDIZ EDI-Präsident Christian Berger und Prof. Dr. Thomas Ratajczak.

Neben der politischen und rechtlichen Komponente unterstützt der BDIZ EDI mit der BDIZ EDI-Tabelle 2023 das betriebswirtschaftliche Fortkommen der Zahnarzt-

praxen, die den BEMA-Wert mit dem 2,3-fachen GOZ-/GOÄ-Wert vergleicht. Auch die Kommunikation mit den Patienten wird mit Plakaten und Infomaterial unterstützt.

Mehr dazu im Onlineshop des BDIZ EDI: <https://bdizedi.org/shop/>. 

Quelle: BDIZ EDI



© Nemo1963/Shutterstock.com

Frühjahrsfest der Zahnärzteschaft

Gesundheitspolitik zulasten der Patienten wird kritisiert.

BERLIN – Beim traditionellen Frühjahrsfest der Zahnärzteschaft am 9. Mai in Berlin stand das im Oktober letzten Jahres beschlossene GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) im Zentrum der Kritik.

damit zulasten der Gesundheit der Versicherten geht, darf nicht Inhalt verantwortungsvoller und patientenorientierter Gesundheitspolitik sein.“

Dieses Gesetz wird nicht nur dramatische Folgen für die Versorgungsstrukturen gerade im ländlichen und strukturschwachen Raum zur Folge haben. Besonders fatal seien die Auswirkungen der Budgetierung für die erst kürzlich eingeführte, moderne und präventionsorientierte Parodontitistherapie, so Hendges. „Die Leidtragenden dieser Politik werden die Patienten sein, denn ohne die nötigen finanziellen Mittel werden wir sie mit der neuen Therapie nicht flächendeckend versorgen können. Das ist Sparen auf Kosten von Prävention und Sparen auf Kosten der Gesundheit unserer Patienten und konterkariert den einstimmigen Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses, der nicht nur in großem Konsens aller Beteiligten, sondern auch mit Zustimmung des Bundesministeriums für Gesundheit getroffen wurde“, sagte Hendges.

Zugleich warnte er in seinem Statement erneut vor den Gefahren von investorengetragenen Medizinischen Versorgungszentren (iMVZ) für die Patientenversorgung. Das von der KZBV in Auftrag gegebene IGES-Gutachten ebenso wie die aktuelle Datenanalyse der KZBV belegen, dass sich iMVZ vornehmlich in wirtschaftlich starken, städtischen Ballungsgebieten niederlassen – und damit die Versorgung auf dem Land den Kürzeren zieht.

Beim Thema Digitalisierung wünschte sich Hendges, dass man hier weiter vorankomme, „und zwar so, wie uns das beim ‚elektronischen Beantragungs- und Genehmigungsverfahren‘ gelungen ist“. 

Quelle: KZBV



Nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums sollte mit dem GKV-FinStG kurzfristig das vorhandene 17-Milliarden-Minus in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ausgeglichen werden. Martin Hendges, neu gewählter Vorstandsvorsitzender der KZBV, verwies in seinem Statement vor rund 350 geladenen Gästen aus Politik und Selbstverwaltung darauf, dass der Gesundheitsminister mit diesem Gesetz „einen Bereich der zahnärztlichen Versorgung getroffen hat, der die Bekämpfung der großen Volkskrankheit Parodontitis zum Inhalt hat. Kostendämpfung, die sich gegen Prävention und notwendige Versorgung richtet und



© Creative Hawk/Shutterstock.com

Neue Zeiten – neue Lösungen

Branchentreff des Bundesverbands Dentalhandel e.V. begeisterte.

LEIPZIG – Mit dem zeitgemäßen Titel „Mein Unternehmen Zahnarztpraxis – als Chefin im Zentrum des Erfolgs“ fand Ende April in Leipzig die Podiumsdiskussion des Branchentreffs des Bundesverbands Dentalhandel (BVD) statt. Eine Unternehmerin und zwei Zahnärztinnen diskutierten unter der Moderation des BVD-Präsidenten Jochen G. Linneweh mit einem Vertreter aus Dentalhandel und -industrie. Isabel Grupp aus der Geschäftsleitung von Plastro Mayer hatte mit ihrem Impulsvortrag „Frau Unternehmerin“ ihre eigenen Erfahrungen vom Trainee bis zur Aufnahme in die Geschäftsleitung in der männerdominierten Kunststoffbranche berichtet. Eine gute Vorlage für die Diskussionsrunde,

industrie mit dem zugleich deutlichen Hinweis, dass es keiner Sonderrolle bedarf und natürlich auch junge Zahnärzte dieselbe Unterstützung erfahren sollen. Christian Kern vom Fachhändler Anton Kern beschrieb, dass sowohl Frauen als auch Männer durch den Dentalfachhandel in allen Belangen professionelle Unterstützung erfahren. Gerade dem Dienstleistungsbereich um die Beratung zur Existenzgründung komme seit Jahren eine zunehmende Bedeutung zu. Hans Schneider, der als Vertreter der Dentalindustrie an der Podiumsdiskussion teilnahm, erkundigte sich bei den Diskussionssteilnehmerinnen im Detail nach zusätzlich gewünschtem Unterstützungsbedarf.



die mit einer Frage an Dr. Romy Ermler, der Vizepräsidentin der Bundeszahnärztekammer, startete. Weitere Teilnehmerin in der Runde war die Zahnärztin Eva-Marie Müller, die eine eigene Zahnarztpraxis in München betreibt. Beide zeigten in ihren Diskussionsbeiträgen deutlich, dass jede auf ihre Weise junge Frauen für den Weg in die Selbstständigkeit ermutigen will. Unterstützung für diesen Weg erwarten sie von Dentalhandel und Dental-

Insgesamt zeigte sich auch bei den Abschiedsworten des BVD-Präsidenten die große Begeisterung der Teilnehmer. Dabei ging Linneweh noch kurz auf die Weiterentwicklung des BVD und die aktuell laufenden Projekte ein. Der nächste BVD Branchentreff wird am 22. und 23. April in Stuttgart stattfinden. 

Quelle: Bundesverband Dentalhandel e.V.

